

## „VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT“ AUS SICHT DER GEWERKSCHAFTEN

1. Einkommens- und Vermögensverteilung .....	18
2. Armut in Deutschland .....	21
3. Reichtum in Deutschland .....	22
4. Ursachen steigender Ungleichheit .....	23
5. Die Krise der Marktwirtschaft .....	26
6. Der Weg zu mehr Verteilungsgerechtigkeit .....	27

Auszug aus WISO 3/2008

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Dierk Hirschel**

**DGB-Chefökonom  
und Mitglied des  
DGB-Bundes-  
vorstandes, Bereich  
Wirtschaftspolitik**

*Marktwirtschaften produzieren Ungleichheit*

Marktwirtschaften produzieren Ungleichheit. Dies ist eine zentrale Erkenntnis der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte. Sowohl die Gewerkschaften als auch der Wohlfahrtsstaat korrigieren das Ausmaß der Ungleichheit. Mit dem Umbau der westeuropäischen Sozialstaaten und durch hohe gewerkschaftliche Mitgliederverluste hat die Ungleichheit wieder zugenommen.

### 1. Einkommens- und Vermögensverteilung

*Spitzeneinkommen heute stärker konzentriert*

In nahezu allen Industrieländern sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer geworden. Die Schieflage in der Einkommens- und Vermögensverteilung hat sich verschärft.<sup>1</sup> In Deutschland setzt dieser Trend nach der deutschen Einheit ein: So ist die Verteilung der Markteinkommen<sup>2</sup> in den 90er-Jahren ungleicher geworden. Die Spitzeneinkommen sind heute stärker konzentriert: Die reichsten zehn Prozent verfügten 2001 über fast 42 Prozent des gesamten Markteinkommens.<sup>3</sup> Gegenüber 1992 vergrößerten sie ihren Anteil um etwa drei Prozentpunkte. Die unteren 50 Prozent der Einkommenspyramide mussten sich hingegen 2001 mit bescheidenen drei Prozent des Einkommenskuchens zufriedengeben. Anfang der 90er-Jahre lag der Anteil dieser Einkommensgruppe noch bei 5,4 Prozent. Interessant ist auch die Dynamik der Einkommensentwicklung: Während die durchschnittlichen Markteinkommen zwischen 1992 und 2001 nicht vom Fleck kamen, kletterten die Markteinkommen der Spitzenverdiener kräftig. Das oberste Hunderttausendstel der Einkommensbezieher verdiente 2001 durchschnittlich 15 Millionen Euro vor Steuern. Damit erzielten die 650 Personen der sogenannten ökonomischen Elite 35 Prozent mehr als 1992. Die 65 Superreichen, das oberste Millionstel, steigerten im gleichen Zeitraum ihr Markteinkommen sogar auf durchschnittlich knapp 50 Millionen Euro. Ein Plus von fast 53 Prozent.

Die Schere öffnete sich in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre auch bei den Lohneinkommen.<sup>4</sup> Zwischen 1998 und 2003 haben die Einkommensunterschiede unter den Arbeitnehmern zugenommen. Die reichsten zehn Prozent der Lohn- und

Gehaltsempfänger verfügten 2003 über 26 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens aus abhängiger Beschäftigung.<sup>5</sup> Fünf Jahre vorher lag ihr Anteil noch bei 24,7 Prozent. Die unteren 50 Prozent der Lohnabhängigen bekamen hingegen 2003 nur ein Fünftel des Einkommenskuchens. Dem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht zufolge setzt sich dieser Trend fort.<sup>6</sup>

Staatliche Umverteilung kann Ungleichheit mindern. Ein progressives Einkommenssteuersystem, Sozialversicherungsbeiträge und Transfers (Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung, Elterngeld etc.) korrigieren die Verteilungsergebnisse des freien Marktes. Ohne öffentliche Transfers würden heute 2 von 5 Personen in Armut leben.

*staatliche  
Umverteilung  
könnte  
Ungleichheit  
mindern ...*

In Deutschland nimmt jedoch die Einkommensungleichheit auch nach Steuern und Abgaben zu. Die Schieflage hat sich auch bei den Nettoeinkommen verschärft: Die reichsten 10 Prozent aller Steuerpflichtigen konzentrierten 2003 etwa ein Drittel des gesamten Nettoeinkommens auf sich.<sup>7</sup> Die absolute Spitze der Einkommenspyramide, das reichste 1 Prozent, verfügte über fast 11 Prozent. Im Jahr 1998 lagen die Vergleichswerte bei 31,5 Prozent (reichste 10 Prozent) bzw. 10,4 Prozent (reichstes 1 Prozent). Das reichste Zehntel der Arbeitnehmer verfügte 2003 über 28,3 Prozent des gesamten Nettoeinkommens. Im Jahr 1998 waren dies noch 26,7 Prozent.<sup>8</sup>

Die Ungleichheit wächst auch, wenn Alters- und Haushaltsstruktur berücksichtigt werden.

Bei den bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommen<sup>9</sup> erhöhten die reichsten 10 Prozent ihren Einkommensanteil im gleichen Zeitraum von 30,4 Prozent auf 31,6 Prozent (vgl. Tabelle 1). Folglich konnte oder sollte der durch die Marktkräfte angeschobene Trend zu mehr Ungleichheit nicht mehr verteilungspolitisch gebändigt werden. Im Gegenteil: Es spricht viel dafür, dass die Steuer- und Sozialpolitik der letzten Jahre die steigende Ungleichheit sogar noch befördert hat. Nach Steuern, Abgaben und Transfers ist die Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen zwischen 1998 und 2005 stärker gestiegen als vor der Umverteilung.<sup>10</sup>

*... aber reale  
Steuer- und  
Sozialpolitik hat  
Ungleichheit  
eher gefördert*

Tabelle 1: Einkommens- und Vermögensverteilung der Haushalte

	Bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen		Nettovermögen	
	1998	2003	1998	2003
10. Dezil	30,0	31,6	44,4	46,8
9. Dezil	13,9	14,4	21,7	20,7
8. Dezil	11,2	11,4	15,1	14,2
7. Dezil	9,7	9,6	9,9	9,3
6. Dezil	8,5	8,2	5,1	5,3
5. Dezil	7,5	7,2	2,4	2,6
4. Dezil	6,6	6,3	1,2	1,2
3. Dezil	5,7	5,4	0,5	0,5
2. Dezil	4,7	4,3	0,1	0,1
1. Dezil	2,2	1,7	-0,3	-0,6
Gini-Koeffizient	0,365	0,394	0,665	0,675

Anmerkungen:

Nettoeinkommen: Lohneinkommen, gewerbliche Einkünfte, Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung etc. abzüglich Steuern und Transfers.

Bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen: Unter Berücksichtigung von Haushaltsgrößenvorteilen beim gemeinsamen Wirtschaften und von Bedarfsunterschieden bei Personen unterschiedlichen Alters wird das Haushaltsnettoeinkommen durch eine modifizierte Haushaltsgröße dividiert. Die hier verwendete alte OECD-Skala arbeitet mit folgenden Gewichten: Haushaltsvorstand = 1, weitere Haushaltsmitglieder mit 15 Jahren oder älter = 0,7, Haushaltsmitglieder unter 15 Jahren = 0,5.

Nettovermögenseinkommen: Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingelder, Lebensversicherungen, Verkehrswert von Immobilien abzüglich Bau- und Konsumschulden.

Gini-Koeffizient: Dieser Koeffizient ist ein weit verbreitetes statistisches Ungleichheitsmaß. Er hat eine Spannweite von 0 bis 1. Null entspricht Gleichverteilung, eins hingegen maximaler Ungleichheit.

Quelle: Merz, J./Hirschel, D./Zwick, M.: Struktur und Verteilung hoher Einkommen, Gutachten für den 2. Armuts- und Reichtumsbericht, Lüneburg 2005; ZEW, Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens, Mannheim 2005

Besonders ausgeprägt ist die Ungleichheit in der Vermögensverteilung. Hier reproduziert sich Ungleichheit über Generationen hinweg. Das gesamte private Nettovermögen<sup>11</sup> der Haushalte belief sich 2003 auf ca. 7,8 Bill. Euro.<sup>12</sup> Drei Viertel dieses Vermögens sind Immobilien. Der durchschnittliche Haushalt hat ein Vermögen von 133.000 Euro.<sup>13</sup> In den letzten zehn Jahren stieg das Haushaltsvermögen um insgesamt ein Viertel.<sup>14</sup> Die reichsten 10 Prozent der Privathaushalte verfügten im Jahr 2003 über etwa 47 Prozent des gesamten Nettovermögens dieser Republik (vgl. Tabelle 1). Im Jahr 1998 betrug dieser Anteil noch knapp 45 Prozent. Die unteren 50 Prozent der Vermögenspyramide halten hingegen gerade einmal 4 Prozent des gesamten Nettovermögens. Die untersten 10 Prozent waren verschuldet (vgl. Tabelle 1).

*bei Vermögen  
Ungleichheit  
besonders  
ausgeprägt*

## **2. Armut in Deutschland**

Armut ist in Industrieländern überwiegend relative Armut. Als arm gelten Menschen, deren materielle, soziale und kulturelle Mittel keine Lebensweise ermöglichen, die über dem gesellschaftlichen Minimum liegt. In der Europäischen Union setzte sich eine Armutsdefinition durch, welche die Armutsgrenze bei 60 Prozent des bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens zieht.

*Armut in  
Industrieländern  
meist relative  
Armut*

Die Einkommensarmut steigt in Deutschland seit 30 Jahren. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger erhöhte sich zwischen 1970 und 2004 von ursprünglich unter 1 Prozent auf 3,5 Prozent der Bevölkerung.<sup>15</sup> Die Armutsrisikoquote – Personen mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens – stieg zwischen 1998 und 2005 von 12 Prozent auf 18 Prozent.<sup>16</sup> Besonders von Armut betroffen sind Kinder. Jedes vierte Kind bis zu einem

*Kinder  
besonders von  
Armut betroffen*

Alter von 15 Jahren ist heute dem Armutsrisiko ausgesetzt. In der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen sind 28 % armutsgefährdet.<sup>17</sup>

In den letzten Jahren stieg die extreme Armut<sup>18</sup>, während die temporäre und einseitige Armut<sup>19</sup> sowie der Umfang prekärer Lebensverhältnisse stabil blieben. Von verfestigter Armut sind in erster Linie Arbeiterfamilien mit Migrationshintergrund und/oder vielen Kindern sowie Alleinerziehende betroffen. Die Armutsrisikoquote von Arbeitslosen liegt bei 43 Prozent, die von Alleinerziehenden bei 24 Prozent.<sup>20</sup>

*Armutsrisiko hat  
Mittelschichten  
erreicht*

Zwar hat sich Armut noch nicht statistisch erfassbar in der Mitte der Gesellschaft eingensitet, doch das Armutsrisiko hat die Mittelschichten längst erreicht. Häufigkeit und Tempo des Abstiegs sind in den letzten Jahren gestiegen.<sup>21</sup>

Entstanden ist eine neue Unterklasse. Maßgeblich dazu beigetragen hat der Abbau einfacher Arbeitsplätze für un- und angelernte Arbeiter. Hinzu kommt, dass Bildungschancen und soziale Mobilität sehr stark von der sozialen Herkunft abhängen (siehe Abschnitt „Ursachen steigender Ungleichheit“). Das hohe Armutsrisiko Alleinerziehender ist hingegen in erster Linie einer fehlenden außerhäuslichen Kinderbetreuung geschuldet.

### 3. Reichtum in Deutschland

*Definition für  
Einkommens-  
reichtum*

Reichtum kann analog zur Armut als relativer Reichtum definiert werden. Zu den Einkommensreichen gehören dann jene, die beispielsweise mehr als das Doppelte des mittleren Einkommens verdienen. Nach dieser Definition lag die Reichtumsgrenze im Jahr 2003 bei einem Bruttojahreseinkommen von 80.710 Euro.<sup>22</sup> Der Bevölkerungsanteil der Reichen lag bei 7,3 Prozent.<sup>23</sup> Ein Zuwachs gegenüber 1998 von etwa 0,6 Prozentpunkten. Wer reich ist, hat auch höhere Einkommenszuwächse. Einkommensreichtum geht zudem häufig einher mit Vermögensreichtum. Vermögenserträge erhöhen das Einkommen. Umgekehrt führt ein besseres Einkommen zu einer höheren Sparquote und erleichtert dadurch den Vermögens-

aufbau. Zwei Drittel der Spitzenverdiener<sup>24</sup> verfügen über ein Nettohaushaltsvermögen pro Kopf, welches mindestens das Dreifache des Durchschnitts beträgt.<sup>25</sup> Das Geld- und Immobilienvermögen der reichsten 10 Prozent belief sich im Schnitt auf 624.000 Euro. Zwischen 1993 und 2003 wuchs dieses Vermögen um mehr als 30 Prozent.<sup>26</sup> Diese Vermögenden haben fast alle Immobilien- und Grundvermögen. Ihre Verkehrswerte sind zehnmal so hoch wie diejenigen der untersten 10 Prozent der Vermögensverteilung. Vergleichbar ist die Situation bei Aktien und Investmentfonds.

In Deutschland lebten Mitte der 90er-Jahre fast 7.200 Millionäre mit durchschnittlichen Einkünften von 2,8 Mio. Euro.<sup>27</sup> Im Jahr 2001 hatte sich diese Zahl auf rund 12.400 Einkommensmillionäre erhöht. Diese verfügten über mittlere Einkünfte von 2,7 Mio. Euro. Ein Wachstum des Millionärsklubs um über 70 Prozent. Unter Einschluss der Vermögensmillionäre wird der exklusive Klub zu einem Großverein: Laut Capgemini und Merrill Lynch gibt es 798.000 deutsche US\$-Millionäre.<sup>28</sup> Damit belegt Deutschland weltweit Platz drei. Darüber hinaus leben in Deutschland nach den USA die meisten Milliardäre. 122 Personen ist der deutsche Milliardärsklub stark.<sup>29</sup>

*Wachstum des  
Millionärsklubs  
um über 70 %*

#### **4. Ursachen steigender Ungleichheit**

Die Ursachen der steigenden Ungleichheit sind sehr vielschichtig. Erstens haben ökonomische Entwicklungstrends einer stärkeren Ungleichverteilung der Markteinkommen den Weg bereitet. Zweitens hat die Politik die negativen Folgen des ökonomischen Wandels verstärkt und die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerseite und Gewerkschaften entscheidend geschwächt. Die ungleichere Verteilung der Markteinkommen wurde nicht mehr sozial- und einkommenspolitisch korrigiert. Drittens: Ein sozial hoch selektives Bildungssystem und eine aristokratische Rekrutierungspraxis der gesellschaftlichen Eliten verfestigen die Strukturen für Ungleichheit.

Beginnen wir mit den ökonomischen Ursachen: Die Verteilung der Einkommen ist stark abhängig von der Entwicklung der

*Ursachen für  
steigende Un-  
gleichverteilung  
sind sehr  
vielschichtig*

<i>steigende Arbeitslosigkeit erklärt Großteil der Einkommens- armut</i>	Arbeitswelt. Die seit Anfang der 70er-Jahre kontinuierlich steigende Massenarbeitslosigkeit <sup>30</sup> erklärt einen Großteil der wachsenden Einkommensarmut. <sup>31</sup> Darüber hinaus war der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft mit prekärer Beschäftigung gepflastert. Durch die starke Zunahme von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung ist ein großer Niedriglohnsektor entstanden. <sup>32</sup> Das Wachstum atypischer Beschäftigungsverhältnisse und die Massenarbeitslosigkeit haben den Lohndruck auf die tariflich geschützten Bereiche erhöht. Die Tarifbindung ist zurückgegangen.
<i>erhöhter Flexibilisierungs- und Rendite- druck durch Finanzmärkte</i>	Dieser Trend wurde verstärkt durch die Globalisierung. Eine verschärfte unternehmensinterne Standortkonkurrenz macht die Belegschaften erpressbar. Hinzu kommt ein erhöhter Flexibilisierungs- und Renditedruck durch die Finanzmärkte. Die Globalisierung verschiebt die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital. Übertarifliche Leistungen werden gekürzt, Personal abgebaut und mittels Öffnungsklauseln werden tarifpolitische Erfolge modifiziert. Auf der anderen Seite der Medaille finden wir Rekordgewinne, explodierende Managergehälter, steigende Aktienkurse und Dividenden. So kletterten die Gehälter der Vorstandsvorsitzenden zwischen 2003 und 2006 um jährlich 20 Prozent auf heute durchschnittlich 4,4 Mio. Euro. <sup>33</sup> Im modernen Finanzmarktkapitalismus werden Einkommensströme umverteilt. Reichtum und Armut haben ein dialektisches Verhältnis. Reichtum produziert unter diesen Umständen Armut: Die Lohnkürzung des einen ist die Dividende des anderen. Darüber hinaus entstanden viele der hoch dotierten Jobs gerade im Finanzdienstleistungssektor und bei Unternehmensberatungen. Insofern produziert der moderne Finanzmarktkapitalismus eine sich polarisierende Einkommens- und Vermögensverteilung.
<i>Lohnkürzung des Einen ist Dividende des Anderen</i>	Kurzum: Der ökonomische Strukturwandel hat die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit massiv geschwächt. Der tarifpolitische Einfluss auf die Verteilung der Markteinkommen ist zurückgegangen. Längst kommen die ausgehandelten Tariflöhne nicht mehr bei allen Beschäftigten an. Sinnbildlich
<i>tarifpolitischer Einfluss ist zurückgegangen</i>	



hierfür ist die Entwicklung der Lohnquote.<sup>34</sup> Diese befindet sich heute mit 66,2 Prozent auf einem historischen Tiefstand.<sup>35</sup>

Neben den ökonomischen Ursachen gibt es handfeste politische Gründe für die zunehmende Ungleichheit. Wenn die ungleiche Verteilung der Markteinkommen steigt, dann kann über Steuern, Sozialabgaben, Transfers, öffentliche Güter sowie das Regelwerk der Arbeits-, Güter- und Finanzmärkte gegengesteuert werden. In den letzten Jahren ist jedoch der Spitzensteuersatz gesenkt worden, die Transfers wurden gekürzt, öffentliche Güter privatisiert und Märkte dereguliert. So hat die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer um mehr als 10 Prozentpunkte das Nettoeinkommen und die Sparquote der Besserverdienenden erhöht. Gleichzeitig üben Hartz IV und die staatliche Förderung geringfügiger Beschäftigung (Mini- und Midijobs, Ein-Euro-Jobs, Ich-AGs) einen massiven Lohndruck auf die unteren Lohngruppen aus. Die Privatisierung und Deregulierung des Post- und Telekommunikations-, Verkehrs- und Energiesektors haben die Einkommensunterschiede in diesen Branchen wachsen lassen. Die Shareholder-Value-Orientierung – Ausrichtung des Managements am Aktienkurs des Unternehmens – und die damit einhergehende rigide Verteilungspolitik börsennotierter Unternehmen setzen deregulierte Finanzmärkte voraus.

*politische  
Gründe für  
Ungleichheit*

Zudem zementieren zentrale Institutionen dieser Republik die Ungleichheit. Das deutsche Bildungssystem ist nicht in der Lage, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsperformance, also Bildungschancen und Bildungsteilhabe, zu entkoppeln.<sup>36</sup> Im Gegenteil: Die Bildungseliten reproduzieren sich hierzulande weitgehend selbst. Im Durchschnitt hat ein Akademikerkind, bei gleichen Kompetenzen in Mathematik und Lesen, eine viermal so hohe Chance, ein Gymnasium zu besuchen wie ein Facharbeiterkind.<sup>37</sup> Vier von fünf Kindern aus Akademikerfamilien nehmen ein Studium auf. Aus Familien ohne Hochschulabschluss studieren nur 23 Prozent der Sprösslinge.<sup>38</sup> Der Aufbau von Eliteuniversitäten und die Einführung von Studiengebühren werden diesen Trend

*auch Bildungs-  
system  
zementiert  
Ungleichheit*

fortsetzen. Ungleiche Bildungschancen sind aber nur ein wichtiger Aspekt struktureller sozialer Ungleichheit. Neben der sozialen Herkunft wirken andere Strukturen, wie geschlechtliche Diskriminierung oder regionale Herkunft, welche die Ungleichheit verstärken. Diese Strukturen beeinflussen später die Einkommenshöhe.<sup>39</sup>

*85 % der  
Topmanager  
kommen aus  
Bürger- oder  
Großbürgertum*

Hinzu kommt die soziale Selektion durch spezifische Rekrutierungsmuster der gesellschaftlichen Eliten. Dies gilt im Besonderen für Wirtschaft und Justiz. Die Topmanager dieser Republik kommen zu 85 Prozent aus Elternhäusern des Bürger- und Großbürgertums.<sup>40</sup> Beim Weg in die Chefetagen der 400 führenden Großkonzerne sind die Söhne des gehobenen Bürgertums doppelt, die des Großbürgertums sogar mehr als dreimal so erfolgreich wie jene aus der einfachen Bevölkerung.<sup>41</sup> Der Nachwuchs leitender Angestellter hat eine zehnmal höhere Aufstiegschance als Arbeiterkinder.<sup>42</sup> Solche nahezu geschlossenen Arbeitsmärkte entsprechen eher dem Bild einer Klassengesellschaft als einer offenen Leistungsgesellschaft.

### 5. Die Krise der Marktwirtschaft

*– Leistung  
– Einkommen  
– Chancengleichheit*

Einkommensunterschiede sind in Marktökonomien nach herrschender Interpretation in erster Linie Ausdruck eines funktionierenden Anreizsystems. So wird die individuelle Einkommenshöhe häufig mit „individueller Leistung“<sup>43</sup> gleichgesetzt. Hohe Einkommen bringen aus Sicht der neoklassischen Wirtschaftstheorie eine höhere Produktivität „Besserverdienender“ zum Ausdruck. Eine ungleiche Einkommensverteilung ist dann sowohl das Ergebnis als auch die notwendige Voraussetzung einer dynamischen Volkswirtschaft.

Die Legitimität von Einkommensreichtum in einer Marktwirtschaft setzt ein gültiges Leistungsprinzip und die Existenz von Chancengleichheit voraus. „Individuelle Leistung“ und funktionale Erwägungen sollten darüber entscheiden, ob jemand eine Position besetzen kann, die gut entlohnt wird.<sup>44</sup>

Der starke Einfluss der sozialen Herkunft auf die Entstehung hoher Einkommen schränkt die Relevanz des Leistungsprinzips deutlich ein.<sup>45</sup> Worin liegt die „individuelle Leistung“ der „Leistungsträger“, wenn ihre hohen Einkommen in erster Linie auf ein funktionierendes soziales Beziehungsgeflecht ihres Elternhauses, ihr kulturelles und ökonomisches Kapital oder ihr Geschlecht („der Leistungsträger“) zurückzuführen sind? Hohe Einkommen oder Vermögen sind in der Regel keine Gratifikation für tatsächliche Leistungsunterschiede zwischen Reichen und Nicht-Reichen. Tatsächlich fehlen den unterschiedlichen Leistungsbewertungen hinreichend objektiv begründbare Maßstäbe.

Die positive Lenkungsfunction von Einkommensunterschieden wird dadurch eingeschränkt. Die geringe soziale Mobilität verdeutlicht, dass das Anreizsystem an vielen Stellen nicht funktioniert. Chancengleichheit verkommt häufig zur reinen Fiktion. Ohne ein gültiges Leistungsprinzip und weitreichende Chancengleichheit, lässt sich Reichtum aber nur schwer legitimieren, eine ungleiche Verteilung kaum rechtfertigen. Daraus ergibt sich ein unmittelbarer politischer Handlungsbedarf für eine gerechte, nicht an Klassen, Macht und Lobbyismus orientierte Beschäftigungs-, Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik.

*ohne Chancengleichheit lässt sich Reichtum schwer legitimieren*

## **6. Der Weg zu mehr Verteilungsgerechtigkeit**

Für eine erfolgreiche Bekämpfung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft bedarf es starker Gewerkschaften und einer anderen Politik.

Die Gewerkschaften stehen heute vor der großen Herausforderung, die gewerkschafts- und tariffreien Zonen zu organisieren. Darüber hinaus müssen sie Strategien entwickeln, um die wirkungsmächtige unternehmensinterne Standortkonkurrenz auszuhebeln. Zudem werden die Gewerkschaften zukünftig stärker auf ihr politisches Mandat setzen müssen. Für einen politischen Kurswechsel braucht es eine Gesamtstrategie. Eine Konzentration auf einzelne Politikbereiche

*Bekämpfung sozialer Spaltung bedarf starker Gewerkschaften*

wird dem Problem nicht gerecht. So kann eine expansive Bildungspolitik die Anzahl der Studierenden und die Qualität der Abschlüsse erhöhen. Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit steigt jedoch nicht die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Der Verdrängungswettbewerb setzt sich lediglich auf höherem Niveau fort.

*Überwindung  
ungleicher  
Macht-  
verhältnisse am  
Arbeitsmarkt  
notwendig*

Im Mittelpunkt einer Politik für mehr Verteilungsgerechtigkeit steht die Überwindung der ungleichen Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Hier haben die steigende Ungleichverteilung der Markteinkommen und die sinkende Lohnquote ihren Ursprung. Eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und eine bessere Regulierung des Arbeitsmarktes würden wesentlich dazu beitragen, die Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten zu stärken. Eine konjunkturgerechte Finanz- und Geldpolitik kann für höheres Wachstum und mehr Beschäftigung sorgen. Ziel ist ein qualitatives Wirtschaftswachstum. Eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungspolitik umfasst Innovationspolitik ebenso wie öffentliche Investitionen in ökologische Modernisierung und Sanierung (ÖPNV, Bahn, Wasserver- und entsorgung, energetische Gebäudesanierung etc.). Dieser ökologische Umbau ist beschäftigungsintensiv und verknüpft somit Ökologie und Arbeit. Darüber hinaus sollte der Bereich der qualifizierten sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung) beitrags- und/oder steuerfinanziert ausgebaut werden. Dieser skandinavische Weg reduziert durch die damit einhergehende bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Armutsrisiko.

*skandinavischer  
Weg reduziert  
Armutsrisiko*

Sozial ist jedoch nicht, was Arbeit schafft. Bessere Regeln auf dem Arbeitsmarkt können dazu beitragen, prekäre Beschäftigungsformen zurückzudrängen und Einkommensarmut zu verhindern. Die staatliche Förderung prekärer Beschäftigung (Mini-, Midijobs, Ein-Euro-Jobs etc.) muss beendet werden. Mindestlöhne garantieren ein existenzsicherndes Lohnniveau. Kündigungsschutz, hohe Lohnersatzleistungen sorgen für ein Mindestmaß an Einkommens- und Be-

schäftigungsstabilität. Diese Maßnahmen mindern die Lohnkonkurrenz am unteren Rand und stärken die Beschäftigten und ihre Interessenorganisationen.

Auch die ungleichheitsverstärkenden Wirkungen der Globalisierung gilt es ins Visier zu nehmen. Ein neues Regelwerk für die Finanzmärkte reduziert den Rendite- und Flexibilisierungsdruck und schafft Spielräume für eine nachhaltige Unternehmenspolitik.<sup>46</sup>

*neues Regelwerk  
für Finanzmärkte*

Die Verteilung der Markteinkommen wird aber auch weiterhin sozial unbefriedigende Ergebnisse zeitigen. Die Institutionen und Instrumente des Wohlfahrtsstaates bleiben somit ein wichtiges Korrektiv der Primärverteilung.

Die Sozialversicherungssysteme sollten universalisiert werden. Bürger- und Erwerbstätigenversicherung sind hier die politischen Stichworte. Eine stärkere Sozialverträglichkeit moderner Erwerbsformen erfordert ein ausgewogenes Verhältnis von Flexibilität, sozialer Sicherheit und Qualifizierung. Die Risiken prekärer Erwerbsverläufe sollten zukünftig durch bedarfsorientierte Grundsicherungsmodelle abgedeckt werden.<sup>47</sup> Aus Erwerbsarbeit angehäufte Anwartschaften werden dann durch Steuermittel aufgestockt. Tätigkeiten im Bereich Kindererziehung, Pflege etc. müssen zu anspruchsbegründeten Tatbeständen der Sozialversicherungen werden.

*bedarfs-  
orientierte  
Grundsicherung*

Auch Bildungspolitik kann einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten. Eine umfangreiche Frühkindförderung, die Reform eines sozial hoch selektiven mehrgliedrigen Schulsystems sowie der breite Ausbau der Studienförderung könnten den engen Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft etwas lockern. Die Einführung von Studiengebühren und der Aufbau von sogenannten Eliteuniversitäten verschärfen hingegen die soziale Spaltung. In der Steuerpolitik sollte das Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit wieder stärker zur Geltung kommen. Hohe Einkommen werden nach den letzten Steuerreformen mit einem Spitzensteuersatz von 42 % zu niedrig besteuert. Die Spitzensteuersätze in Skandinavien und Frankreich liegen über 50 %.

*Bildungspolitik*

*Steuerpolitik*

Kapital- und Vermögenseinkommen werden nur unzureichend erfasst und besteuert. Der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern am gesamten Steueraufkommen liegt bei weniger als 18 %. Ursächlich sind eine Politik der Steuergeschenke<sup>48</sup> und weiterhin große nationale und internationale steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten. Aus der deutschen Steuerhölle ist längst eine Oase für Großunternehmen geworden. Nach Berechnungen der EU-Kommission liegt der implizite Steuersatz auf Kapital bei 20,9 %. Der EU-Durchschnitt befindet sich bei 27,9 %.

*Bekämpfung  
des inter-  
nationalen  
Steuerdumpings*

Die Schlupflöcher in der steuerlichen Gewinnermittlung gilt es zu schließen.<sup>49</sup> Dies erfordert beispielsweise die Abschaffung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne. Auch die Gewinn- und Verlustverrechnungsmöglichkeiten zwischen rechtlich selbstständigen Unternehmen sollten stärker beschnitten werden. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefischsteuer ausgebaut werden. Dazu gehört erstens die Einbeziehung gut verdienender Selbstständiger und Freiberufler in den Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen. Und zweitens die Verbreiterung des gewerbesteuerpflichtigen Gewinns durch die Einbeziehung von Mieten, Pachten und Leasingraten. Zur Bekämpfung des internationalen Steuerdumpings sowie der Auswüchse bei der Auslandsfremdfinanzierung und der Verrechnungspreisgestaltung internationaler Konzerne sollte das Unternehmenssteuerrecht in den EU-Mitgliedstaaten angeglichen werden. Diese Angleichung muss sowohl durch einheitliche Bemessungsgrundlagen als auch durch Mindeststeuersätze erfolgen. Große Defizite gibt es hierzulande auch in der Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer wurde in den 90er-Jahren abgeschafft. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer operiert mit überalteten Bewertungsregeln für Grundstücke und Betriebsvermögen. Im Ergebnis liegen die Einnahmen aus der deutschen Substanzbesteuerung weit unter den Einnahmen vergleichbarer Industriestaaten. Der leistungslose Zufluss von Vermögen sollte hierzulande wieder besteuert werden. Bei einer reformierten Vermögens- und Erbschaftssteuer müssen die aktuellen Bewertungsverfahren verbessert werden. Eine

Ausweitung der Begünstigung von Betriebsvermögen, wie sie die Bundesregierung bei der Erbschaftssteuerreform plant, ist nicht sinnvoll. Eine reformierte Substanzbesteuerung könnte zu Mehreinnahmen von fast 20 Mrd. Euro führen.

Die Gewerkschaften können für einen solchen alternativen politischen Kurs werben. Und je schneller sie ihre eigenen organisatorischen Defizite überwinden, desto größer wird ihre politische Überzeugungskraft. Die steigende Ungleichheit ist kein Naturereignis. Sie ist politisch gemacht und kann somit auch politisch überwunden werden.

*steigende  
Ungleichheit ist  
politisch  
gemacht und  
kann somit  
auch politisch  
überwunden  
werden*

**Anmerkungen:**

- 1 Smeeding, Timothy/Brandolini, Andrea: „Inequality Patterns in Western Type Democracies: Cross Country Differences and Time Changes“, LIS Working Paper Series Nr. 458, 04/2007; OECD Employment Outlook, Paris 2006
- 2 Markteinkommen umfassen Lohneinkommen, Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögenseinkommen, ohne Veräußerungsgewinne, ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers.
- 3 DIW-Wochenbericht 13/2007
- 4 Die Lohneinkommen umfassen etwa 70 Prozent des Volkseinkommens.
- 5 Deutscher Bundestag: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Reichtums- und Armutsbericht, Drucksache 15/5015, Berlin 2005
- 6 Lebenslagen in Deutschland – Dritter Reichtums- und Armutsbericht, Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Berlin 2008  
Das Nettoeinkommen umfasst Lohneinkommen, gewerbliche Einkünfte, Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung etc. abzüglich Steuern und Transfers.
- 8 Merz, Joachim/Hirschel, Dierk/Zwick, Markus: Struktur und Verteilung hoher Einkommen, Gutachten für den Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht, Lüneburg 2005
- 9 Das Nettohaushaltseinkommen wird durch eine spezifisch gewichtete Haushaltsgröße geteilt. Haushaltsmitglieder unterschiedlichen Alters bekommen aufgrund ihres unterschiedlichen Bedarfs verschiedene Gewichte. Darüber hinaus werden die ökonomischen Größeneffekte (gemeinsame Nutzung von Kühlschrank, Waschmaschine etc.) eines Haushalts und deren kostensenkende Wirkungen berücksichtigt.
- 10 Goebel, Jan/Krause, Peter: Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland, Wirtschaftsdienst 12/2007
- 11 Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingelder, Lebensversicherungen, Verkehrswert von Immobilien abzüglich Bau- und Konsumschulden
- 12 Das entspricht dem 3,5-fachen des Bruttoinlandsproduktes.
- 13 Es gibt jedoch große Vermögensunterschiede zwischen West und Ost.
- 14 Die nominalen Nettolöhne und -gehälter stiegen im gleichen Zeitraum um rund 10 Prozent.

- 15 DIW-Wochenbericht 12/2007
- 16 Lebenslagen in Deutschland – Dritter Reichtums- und Armutsbericht, a. a. O.
- 17 Ebenda
- 18 Einkommensarmut mit mehreren Notlagen.
- 19 Einseitige Armut definieren die Autoren wie folgt: Einkommensarmut ohne Notlagen oder höhere Einkommen (über 75 Prozent des Durchschnitts) mit mehrfachen Notlagen.
- 20 Lebenslagen in Deutschland – Dritter Reichtums- und Armutsbericht, a. a. O.
- 21 Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2007
- 22 Die Angaben basieren auf der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik.
- 23 Andere Datenbasen und Einkommenskonzepte ergeben einen geringeren Bevölkerungsanteil (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS): 4,4 Prozent; Sozioökonomisches Panel (SOEP): 5,3 Prozent).
- 24 Personen mit einem Einkommen von über 300 Prozent des bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens.
- 25 Deutscher Bundestag: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Reichtums- und Armutsbericht, a. a. O.
- 26 Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): Abschlussbericht zum Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Ordnung: Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens, Mannheim 2005
- 27 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29/6/2005
- 28 Capgemini, Merrill Lynch: World Wealth Report 2007, Houston 2007
- 29 Tagesspiegel 9/10/2007
- 30 Die hohe Massenarbeitslosigkeit ist auch auf eine zu stark angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Insofern durchdringen sich die ökonomischen und politischen Ursachen der Ungleichheit.
- 31 Verstärkend wirkt der Wandel der Familienformen mit dem Zuwachs der Alleinerziehenden.
- 32 Dieser umfasst bis zu 23 Prozent aller Erwerbstätigen, IAT-Report 2006/03
- 33 DSW: <http://www.dsw-info.de/uploads/media/Tabelle.pdf>; Focus 26/3/2007: <http://www.focus.de/finanzen/boerse/aktien/vorstandsgehaelter>
- 34 Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen.
- 35 DGB: Verteilungsbericht 2007, Berlin 2007
- 36 Die Dreigliedrigkeit des Schulwesens spielt bei der frühen sozialen Selektion eine entscheidende Rolle. Für den Übergang zur weiterführenden Schule sind nicht nur die milieubedingt besseren Leistungen der Kinder aus den höheren Schichten und Klassen ausschlaggebend, sondern auch die von der sozialen Herkunft der Kinder abhängigen Beurteilungen der Lehrkräfte.
- 37 OECD: Lernen für die Welt von morgen, Erste Ergebnisse von PISA 2003, Paris 2004
- 38 BMBF (Hrsg.): 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn 2007
- 39 Hirschel, Dierk: Einkommensreichtum und seine Ursachen, Marburg 2005
- 40 Zum Bürgertum zählen größere Unternehmer und Grundbesitzer, akademische Freiberufler, leitende Angestellte sowie höhere Beamte und Offiziere.
- 41 Hartmann, Michael: Eliten in Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 10/2004,
- 42 Ebenda



- 43 Gängige Kriterien individueller Leistung sind Qualifikation, Arbeitszeit, Verantwortung.
- 44 Schnapp, Kai-Uwe: Soziodemographische Merkmale der bundesdeutschen Eliten. Aus: Bürklin, Wilhelm; Rebenstorf, Hilke (Hrsg.): Eliten in Deutschland, Rekrutierung und Integration, Opladen 1997b, S. 101 – 122.
- 45 Hirschel, Dierk: Einkommensreichtum und seine Ursachen, a. a. O.
- 46 Für detaillierte Regulierungsvorschläge: Hirschel, Dierk/Stuber, Martin: Made in Germany im Griff der Finanzmärkte, in: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 54/4, 2007
- 47 Das Beitrags- und Äquivalenzprinzip der Sozialversicherungen wird dadurch relativiert.
- 48 Die Steuerreform 2000 senkte die Körperschaftssteuersätze auf einheitlich 25 %. Veräußerungsgewinne wurden freigestellt, die Steuervermeidungsmöglichkeiten erweitert. Alle steuerlichen Maßnahmen im Unternehmensbereich seit 1998 rissen ein Loch von jährlich 12 Mrd. Euro in den Staatshaushalt. Dieses Jahr wurde eine weitere Unternehmenssteuerreform verabschiedet, die bis 2012 etwa 30 Mrd. Euro kosten wird.
- 49 Die Unternehmenssteuerreform 2007 hat hier, abgesehen von der problematischen Nettoentlastung, einige richtige Weichenstellungen vorgenommen.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akooe.at](mailto:wiso@akooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)